

Der lebendige Planet: Streben nach einer gerechten und zukunftsfähigen weltweiten Gemeinschaft

"Der lebendige Planet: Streben nach einer gerechten und zukunftsfähigen weltweiten Gemeinschaft", Erklärung der 11. ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe, Deutschland

*„Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen. Denn er hat ihn über den Meeren gegründet und über den Wassern bereitet.“
(Psalm 24)*

„Lasst ab vom Bösen, lernt Gutes tun! Trachtet nach Recht, helft den Unterdrückten, schafft den Waisen Recht, führt der Witwen Sache!“ (Jesaja 1,16b-17)

*Und er sprach zu ihnen: Gehet hin in alle Welt und predigt das Evangelium aller Kreatur.
(Markus 16,15)*

Unser gemeinsamer Glaube ist...

Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist. Die Menschen, die nach dem Bilde Gottes geschaffen sind, sind aufgerufen, Gottes kostbarer und einzigartiger Schöpfung als treue und verantwortungsbewusste Haushälterinnen und Haushälter zu dienen; gleichzeitig sind wir ein inhärenter Teil dieser Schöpfung und unauflösbar abhängig von dem Wohlergehen der gesamten natürlichen Welt. Ein enges anthropozentrisches Verständnis von unserer Beziehung mit der Schöpfung muss überarbeitet werden und zu einem Verständnis des gesamten Lebens werden, wenn wir ein zukunftsfähiges, nachhaltiges globales Ökosystem verwirklichen wollen. Wir alle sind in Gottes ganzer Schöpfung voneinander abhängig. Weil die Liebe Christi die Welt bewegt, versöhnt und eint, sind wir zu *metanoia* und einer erneuerten und gerechten Beziehung mit der Schöpfung aufgerufen, die in unserem Handeln zum Ausdruck kommt.

Uns läuft die Zeit davon, um diese *metanoia* umzusetzen. Der Zentralkomitee hat auf seiner Tagung im Juni dieses Jahres darauf hingewiesen, dass der pazifische Inselstaat Kiribati, der sich mit dem steigenden Meeresspiegel konfrontiert sieht, aufgrund der anhaltenden Dürre jüngst einen Notstand aufgrund einer Naturkatastrophe ausgerufen hatte. Während wir hier als

11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen tagen, erleben unsere Schwestern und Brüder in Pakistan die schwersten Regenfälle seit Menschengedenken und die Überschwemmungen haben bereits 1.162 Menschen das Leben gekostet, weitere 3.554 sind verletzt und 33 Millionen wurden vertrieben. Am Horn von Afrika hat es seit vier Jahren nicht geregnet, wodurch 22 Millionen Menschen zu verhungern drohen. In Europa hatte die schwerste Dürre der letzten 500 Jahre Auswirkungen auf große Teile des Kontinents. Solche extremen Wetterlagen und die damit einhergehenden humanitären Krisen sind die Alarmglocken, die uns einen Klimanotstand anzeigen. Darüber hinaus verschärfen Instabilität und ein größerer Wettbewerb um Ressourcen aufgrund des Klimawandels das Konfliktrisiko erheblich. Zudem ist der Klimawandel eine Gesundheitskrise, die als eine Hauptursache für Krankheit und Tod von Menschen offiziell anerkannt ist. Es ist keine Frage mehr, ob und wann wir klimabedingte Vertreibung, Umsiedlung und Migration erleben werden, denn all das geschieht bereits.

Die Lebenserfahrungen der Menschen bestätigen die zahlreichen Berichte der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC)[1]. Der Klimanotstand ist eine ethische, moralische und spirituelle Krise, die in unserer Fixierung auf Profite zum Ausdruck kommt. Die auf der Gewinnung von Rohstoffen basierenden und letztlich nicht nachhaltigen Systeme für Produktion und Konsum von denjenigen, die Mitschuld an der Krise tragen, ignorieren weiterhin die zunehmenden wissenschaftlichen und moralischen Warnungen

Uns rennt die Zeit davon. [2] Wir müssen Buße tun für den anhaltenden Egoismus, die anhaltende Habgier, die anhaltende Leugnung von Tatsachen und die anhaltende Untätigkeit der Menschen, die das Überleben der gesamten Schöpfung gefährden.

Uns rennt die Zeit davon. Diese Vollversammlung ist unsere letzte Chance, gemeinsam aktiv zu werden, um zu verhindern, dass unser Heimatplanet unbewohnbar wird.[3] Insbesondere können wir uns keine weiteren Verzögerungen erlauben, wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, unterhalb der einigermaßen sicheren Erderwärmung von maximal 1,5°C zu bleiben und einen noch sehr viel katastrophaleren Klimawandel zu verhindern.

Die Liebe Christi ruft uns zu echter Solidarität auf und fordert uns auf, durch eine Verwandlung unserer Systeme und unseres Lebenswandels nach Gerechtigkeit für all jene zu streben, die am wenigstens zu diesem Notstand beigetragen haben, aber am meisten darunter leiden – physisch, existenziell und

ökologisch. Unsere Theologie muss auf einen Notstand von diesem Ausmaß reagieren.

Indigene Völker gehören zu den ersten Menschen, die die Auswirkungen des Klimawandels aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Natur und ihren Ressourcen und ihrer engen Beziehung zu ihr direkt zu spüren bekommen. Aber den indigenen Völkern und der Rolle, die sie im Kampf gegen den Klimawandel durch die Wiederherstellung der gesamten Schöpfung spielen, wird oftmals wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das muss sich ändern, indem wir die bisher vorherrschende Weltanschauung und Theologie neu denken und aufgeben.

Praktisches Engagement, das die historische Verantwortung all jener nicht anerkennt und würdigt, die den Klimanotstand und die Umweltzerstörung maßgeblich vorangetrieben haben, und die für die Ungerechtigkeit verantwortlich sind, unter denen die armen und vulnerablen Bevölkerungsgruppen leiden, die wiederum den geringsten CO₂-Fußabdruck hinterlassen, aber die Auswirkungen am stärksten zu spüren bekommen, kann nicht als verantwortungsbewusst Haushalterschaft bezeichnet werden.

Zusammen rufen wir die Welt auf, zur Umsetzung von Klima- und Umweltgerechtigkeit dringend auf die folgenden Forderungen einzugehen, und rufen wir die Regierungen der Welt auf, sich dem praktischen Engagement anzuschließen – nicht nur theoretische Verpflichtungen einzugehen –, um der dringenden Notwendigkeit nachzukommen, eine Umweltkatastrophe abzuwenden:

- Eine gerechte Umstellung auf erneuerbare Energiequellen muss beschleunigt werden. Die Nutzung bestehender fossiler Energiequellen muss ohne weitere Verzögerung auslaufen. Es dürfen keine neuen Projekte mit fossilen Energieträgern oder Atomenergie entwickelt werden. Die Subventionierung der fossilen Brennstoffindustrie, die den Preis der Produktion von fossilen Brennstoffen künstlich nach unten drückt, muss ein Ende finden. Groß angelegte naturbasierte Lösungen und Technologien zur Bindung von CO₂ sowie Kapazitäten zur Kompensation von Restemissionen müssen umgesetzt werden.
- Wohlhabendere Bevölkerungen und Länder, die für einen Großteil der Emissionen verantwortlich sind, müssen vorangehen und ihre eigenen Emissionen drosseln und eine Emissionsreduktion in ärmeren Ländern finanzieren. Sie müssen darüber hinaus auf konstruktive Art und Weise

auf die Forderungen nach Reparationszahlungen für die bereits erlittenen Verluste und Schäden reagieren und müssen finanzielle Unterstützung für Maßnahmen zur Eindämmung und Anpassung bereitstellen, die alle ergreifen müssen, für die aber nicht alle die notwendigen Mittel haben. Den Stimmen, Erfahrungen und Sichtweisen derer, die am stärksten betroffen sind, und der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen wie Kinder, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, Frauen, indigene Völker, kleinbäuerliche Familien und arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen, muss mehr Gehör verschafft werden und ihnen muss in den Verhandlungen zum Klimawandel und ökologischer Nachhaltigkeit mehr Beachtung geschenkt werden.

- So genannte „grüne“ und „blaue“ Lösungen dürfen nicht auf Kosten der armen und vulnerablen Gemeinschaften und des schon jetzt fragilen Ökosystems gehen. Der Abbau von Seltenen Erden zu Land und Wasser unter dem Vorwand, alternative Lösungen zu liefern, hat zu Umweltzerstörung und großem Leid für indigene Gemeinschaften geführt, die dieses Vorgehen als „grüne und blaue Kolonialisierung“ erleben.[4] Die Anwendung alternativer Indikatoren für Wohlstand und Wohlergehen, die die Gesamtheit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Lebensbedingungen einbeziehen, sind ein wichtiges Werkzeug, das breitere Unterstützung erfahren muss.
- Alle Regierungen und Behörden müssen das Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt achten, schützen und gewährleisten, wie es in dem Abkommen von Escazú beschrieben ist.[5] Die Erwägung von Vorschlägen wie der Schaffung eines neuen UN-Rats für wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Sicherheit, eines Nichtverbreitungsvertrags für fossile Energien, die Rechte der Natur, Ökozid-Gesetze[6], eines Gerichtshofs für Klimaverbrechen[7] und eines Gutachtens zu Menschenrechten und Klimawandel vom Internationalen Gerichtshof[8] sind neue und verbesserte Formen einer Rechenschaftspflicht, die Unterstützung verdienen.
- Die neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (New International Financial and Economic Architecture, NIFEA), die eine Ökonomie des Lebens fördert, trägt zur Versöhnung von ökologischen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen bei und bringt Christi Barmherzigkeit gegenüber allen Lebens durch systemische Reparationen und Wiedergutmachung zum Ausdruck.
- Die „Zachäus-Kampagne“ des ÖRK[9] schlägt globale und nationale Vermögens- und Kohlenstoffdioxidsteuern vor, um das weitere Wachstum

der sozioökonomischen Kluft zu drosseln und die Mittel zu beschaffen, die notwendig sind, um die Armut in der Welt und den Klimawandel anzugehen. Die Entwicklung eines neuen internationalen Mechanismus für den Umgang mit und die Vorbeugung von chronischer Staatsverschuldung, der auch den Erlass ungerechter Auslandsverschuldung umfasst, die Entwicklungsländer angesammelt haben, ist von zentraler Bedeutung, um Ressourcen für die Entkarbonisierung und die Verbesserung von Klimaresilienzprojekten verfügbar zu machen.

- Die Beendigung von Kriegen und Militärübungen sowie der Abzug von Investitionen aus allen Bereichen im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen, Waffen und anderen lebensfeindlichen Sektoren gepaart mit einer radikalen Mobilisierung und Umlenkung von Ressourcen in die Gesundheitsfürsorge und Schaffung von Resilienz in unseren Gemeinwesen sowie der Schutz und die Erneuerung des Ökosystems, das die Grundlage aller unserer Wirtschaften und Gesellschaften ist.

Die Vollversammlung schließt sich dem ÖRK-Zentralausschuss an und fordert alle Mitgliedskirchen und ökumenischen Partner auf der ganzen Welt dringend auf, dem Klimanotstand sowohl durch Worte als auch durch Taten die dringend nötige vorrangige Aufmerksamkeit zu schenken, die für eine Krise von so beispiellosen und allumfassenden Dimensionen angemessen ist, und ihre Anstrengungen zu verstärken, von ihrer jeweiligen Regierung das nötige Handeln innerhalb eines nützlichen Zeitrahmens zu verlangen, um die Erderwärmung auf 1,5° C zu beschränken und der historischen Verantwortung gegenüber den ärmeren und vulnerableren Ländern und Gemeinschaften gerecht zu werden.

Als Kirchen verpflichten wir uns gemeinsam, ...

- den Worten Taten folgen zu lassen und so zu handeln, wie wir in unserem Umfeld am besten dazu beitragen können, einen gerechten Wandel hin zu einer nachhaltigen Zukunft herbeizuführen, indem wir im „Leitplan für Kirchengemeinden, kirchliche Gemeinschaften und Kirchen für eine Ökonomie des Lebens und für Umweltgerechtigkeit“[10] und in den zahlreichen vom ÖRK und anderen relevanten Quellen zur Verfügung gestellten Materialien Inspiration suchen.
- Institutionen für theologisches Lernen und Lehren (z.B. Das Ökumenische Institut in Bossey) zu ermutigen, Studienprogramm oder Stipendien im Bereich Ökotheologie anzubieten.

- Räume der Begegnung zu gestalten und zu fördern, in denen wir uns als Kirchen gegenseitig unterstützen können, um die Klimagerechtigkeit in allen Aspekten des Lebens und der Arbeit der Kirchen einzubeziehen.
- mit den Entscheidungstragenden und mit den Strafverfolgungsbehörden in Verbindung zu treten, um die Rechenschaftspflicht und das Recht zukünftiger Generationen auf eine sichere und gesunde Umwelt und ein Leben in Würde zu gewährleisten.
- die Ansprüche von armen und vulnerablen Ländern und Gemeinschaften auf eine gerechte Anerkennung und Reaktion auf ihre Forderungen in Bezug auf Verluste und Schäden oder finanzielle Unterstützung zur Entschärfung des Klimawandels, zur Anpassung daran und für die klimabedingte Umsiedlung zu unterstützen.
- die Regierungssubventionen[11] für den Sektor der fossilen Brennstoffe sowie jede Unterstützung für Atomenergie und nicht nachhaltige industrielle landwirtschaftliche Methoden kritisch zu hinterfragen. Wir müssen alle Ebenen berücksichtigen, um ethischen Konsum zu fördern, den Abzug von Investitionen sicherzustellen und stattdessen Investitionen in Initiativen zu unterstützen, die der ökologischen Gesundheit und dem Wohlbefinden der Gemeinschaft dienen.
- Landnutzungs- und landwirtschaftliche Praktiken zu unterstützen, die Kohlenstoff im Boden halten und Wasserressourcen schützen, während parallel nicht-nachhaltige Viehzuchtpraktiken nach und nach eingestellt werden, die nicht nur dem Land schaden, sondern große Mengen an Methan, eines der schädlichsten Treibhausgase, ausstoßen. Wir verpflichten uns darüber hinaus, dass unser Lebensmittelkonsum auf klimafreundlicher Lebensmittelproduktion und nachhaltigen Produktionspraktiken beruht.
- unsere jeweiligen Finanzdienstleister anzusprechen, in Übereinstimmung mit der Initiative „Climate-Responsible Finance: A Moral Imperative towards Children“ (Klimaverträgliche Finanzen: ein moralisches Gebot gegenüber Kindern).[12]
- junge Menschen zu befähigen und einzubinden, die Maßnahmen gegen den Klimawandel und die Schädigung der Umwelt ergreifen wollen, um ihre von der gegenwärtigen Generation so stark in Gefahr gebrachte Zukunft zu schützen.[13]
- uns für die Regelung und Überwachung von umweltschädlichen chemischen Produkten einzusetzen.
- kleine Nahrungsmittelproduktionen zu unterstützen und lokal hergestellte Lebensmittel zu kaufen. Wir werden Nahrungsmittelverluste und -verschwendung in unserem Verhalten zu vermeiden versuchen.
- Sicherzustellen, dass der Grund und Boden, der den Kirchen gehört, nachhaltig bewirtschaftet wird.

- die Rolle der ÖRK-Mitgliedskirchen und Leitungspersonen an den Konferenzen der Vertragsparteien (COP) für das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, am Hochrangigen politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen sowie an anderen maßgeblichen Foren zu stärken, wenn sie die Stimmen unseres christlichen Glaubens und den Gesichtspunkt der vulnerabelsten Gemeinschaften für einen gerechten Wandel vertreten. Wir verpflichten uns weiter, unsere gemeinsamen Bestrebungen mit anderen Glaubenstraditionen durch lokale bis weltweite Advocacy für Klimagerechtigkeit und durch das Einleiten von Schritten für einen gerechten Wandel auszubauen.
- nach Versöhnung mit indigenen Völkern zu streben und ihre Rechte hochzuhalten, einschließlich ihres Rechts auf freiwillige, vorab und in Kenntnis der Sachlage gegebene Zustimmung zu neuen „grünen“ und „blauen“ Infrastruktur- und anderen Projekten.
- uns unserem jeweiligen Kontext und unseren Fähigkeiten entsprechend dafür einzusetzen, unsere Wälder, Waldgebiete, Feucht- und Naturgebiete, aber auch die Meere, Flüsse und anderen Gewässer zu schützen.
- aktiv zu werden, um zu gewährleisten, dass unsere Kirchen zu „grünen und lebensfördernden Kirchen“ werden und Zeugnis ablegen für eine neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur und eine „Ökonomie des Lebens“.

Gemeinsam beschließen wir ...

Wir wünschen eine dringende Antwort des ÖRK, die den moralischen und existenziellen Krisen des Klimawandels und der ökologischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit entgegentritt und alle seine Arbeitsbereiche mit einschließt. Gemeinsam verpflichten wir uns, die für eine derartige Antwort nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Dazu sind die folgenden außerordentlichen Maßnahmen nötig: Wir müssen ...

- dringend eine **Kommission zum Klimawandel und den Notstand der nachhaltigen Entwicklung sowie wirtschaftliche Ungerechtigkeit** schaffen – einberufen vom ÖRK in Zusammenarbeit mit ökumenischen Partnern – um die Fortschritte zu überwachen und Maßnahmen zu empfehlen, die unser Bestreben zum Schutz von Gottes Schöpfung beschleunigen und gerechte und nachhaltige Gemeinschaften fördern.
- Eine **Ökumenische Dekade der Buße und des praktischen Eintretens für einen gerechten und blühenden Planeten** ausrufen.^[14]

- ein Vorbild sein und uns **als ÖRK verpflichten, den CO₂-Fußabdruck der Organisation zu verringern** und bis 2030 Netto-Null-Emissionen zu erreichen.
- **rigorose Einschränkungen der Reisetätigkeit für den ÖRK** formulieren, indem wir für Konsultationen und Begegnungen bevorzugt Online durchführen. Diese Nutzung des virtuellen Raums und elektronischer Hilfsmittel beim ÖRK sollte aber auch die laufenden ökologischen Kosten und die Auswirkungen auf Kinder, die gezwungen werden, zur Gewinnung von Seltenen Erden in der Rohstoffindustrie zu arbeiten, bedenken.

Hintergrund / Begründung (zur Information)

Der von der 10. ÖRK-Vollversammlung 2013 in Busan beschlossene **Protokollpunkt zu Klimagerechtigkeit** bekräftigte, dass der Klimawandel „zu einer der größten globalen Bedrohungen geworden [ist], von der insbesondere die verwundbarsten Bevölkerungsgruppen betroffen sind“. Die Vollversammlung in Busan hat festgehalten, dass die Verhandlungen auf internationaler Ebene trotz des zunehmenden wissenschaftlichen Konsenses über die menschlichen Ursachen des Klimawandels und das gravierende Ausmaß seiner Folgen bisher keine wirkungsvolle Lösung für den Umgang mit den Herausforderungen hervorgebracht haben. Entsprechend hat die Vollversammlung alle Kirchen und ökumenischen Organisationen aufgerufen, darauf zu bestehen, dass ihre jeweiligen Regierungen „über nationale Interessen hinweg Verantwortung für Gottes Schöpfung und unsere gemeinsame Zukunft übernehmen“, und die Regierungen aufzufordern, „die grundlegenden Menschenrechte derjenigen zu schützen und zu fördern, die von den Auswirkungen des Klimawandels bedroht sind“.

Im Laufe der neun Jahre seither sind die wissenschaftlichen Beweise für die Ernsthaftigkeit und Schwere der Bedrohung durch den Klimawandel immer eindeutiger und dramatischer geworden; in fast allen Regionen der Welt gibt es immer häufiger extreme Wetterereignisse und Wald- und Flächenbrände und diese sind immer zerstörerischer. Zudem sind die Auswirkungen des Klimawandels insbesondere auf ärmere und vulnerable Bevölkerungsgruppen verheerender als je zuvor. Gleichzeitig hat sich die Bedrohung der biologischen Vielfalt auf der Erde aufgrund der Versäumnisse der Menschen in ihrer Sorge für die Umwelt und die Natur zugespitzt. Auch wenn es Momente gab, in denen die Chancen gut zu stehen schienen und Hoffnung zu bestehen schien – insbesondere als das Pariser Klimaabkommen 2015 unterzeichnet wurde –, hielt das kollektive Versagen der Menschen, eine erfolgreiche Lösung für diese beispiellosen existenziellen Herausforderungen zu finden und Gerechtigkeit für

die vulnerabelsten Menschen sicherzustellen – die am wenigstens zur globalen Umweltkrise beigetragen haben – an und die Zeit für die notwendigen Maßnahmen verflog in rasantem Tempo.

Die Treibhausgase in der Erdatmosphäre haben die höchste Konzentration in der gesamten Menschheitsgeschichte erreicht. Und auch wenn die Treibhausgasemissionen aufgrund der Ausgangssperren im Zusammenhang mit der Pandemie 2020 deutlich zurückgegangen sind, waren die Rekordwerte von zwei Jahren zuvor bereits 2021 wieder erreicht oder sogar überschritten: 2019 waren die Emissionen bereits 12 Prozent höher als 2010 und 54 Prozent höher als 1990. Ein verhaltenes Zeichen dafür, dass zunehmend verstanden wird, welche Bedrohung vom Klimawandel ausgeht, ist jedoch, dass die durchschnittliche Steigerungsrate bei den Emissionen in den letzten zehn Jahren (2010-2019) etwas niedriger war, als in den zehn Jahren zuvor. Darüber hinaus sind auch die Kosten für kohlenstoffarme Technologien kontinuierlich gesunken. Dennoch nehmen die Emissionen nach wie vor weiter zu und gehen nicht zurück; und weil die Erderwärmung 2021 bereits $+1,09^{\circ}\text{C}$ erreicht hat, wird davon ausgegangen, dass der Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts bei bis zu $3,5^{\circ}\text{C}$ liegen könnte, wenn die Emissionen weiterhin im gleichen Tempo wie heute steigen.

Weit mehr als 3 Milliarden Menschen sind aufgrund des Klimawandels heute äußerst vulnerabel, und zu den bereits jetzt erkennbaren Auswirkungen der Umweltkrise auf die Menschen und die Ökosysteme zählen:

- größere Häufigkeit, höhere Intensität, größere geografische Ausbreitung und längere Dauer von Extremwetterereignissen (Unwetter, Überschwemmungen, Dürren) und Brandkatastrophen.
- geringere Verfügbarkeit von Wasser und Nahrungsmitteln (insbesondere in Afrika, Asien und auf kleinen Inseln).
- negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in allen Weltregionen aufgrund stärkerer Hitzebelastung, die Ausbreitung von Krankheiten in neue Weltregionen, das Auftreten neuer Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übergehen können (Zoonosen), und ein höheres Pandemierisiko, eine Verschlechterung der Luftqualität sowie die gesundheitlichen Folgen von Hunger, Mangelernährung und Wasserknappheit im Zusammenhang mit den sich verändernden klimatischen Bedingungen.
- steigende Meeresspiegel, die Überflutung von tief liegenden Inseln und Küstenregionen und die Anfänge umfangreicher klimabedingter Vertreibung.

- zunehmender Verlust von Tierarten und Pflanzensorten.

Es wird davon ausgegangen, dass bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts weltweit 1,3 Milliarden Menschen größeren klimabedingten humanitären Krisen ausgesetzt sein werden. Unter anderem wird prognostiziert, dass ein wärmeres Klima sehr feuchtes und sehr trockenes Wetter, sehr feuchte und sehr trockene Klimaereignisse und sehr feuchte und sehr trockene Jahreszeiten intensivieren und verstärken wird, was zu Überschwemmungen bzw. Dürren führen wird, und dass folglich die Zahl der Menschen steigen wird, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Schon heute sind 40 Prozent der Weltbevölkerung von Wasserknappheit betroffen; mit jedem Grad Klimaerwärmung aber darüber hinaus weitere 500 Millionen Menschen mit einem Rückgang der verfügbaren Wasserressourcen um 20 Prozent konfrontiert sein.

Gleichzeitig stellt auch der Biodiversitätsverlust – der zum Teil auf den Klimawandel, zum Teil auf andere Umweltfaktoren zurückzuführen ist – eine große Bedrohung dar. Die Wissenschaft prognostiziert, dass von den geschätzten acht Millionen Tier-, Pilz- und Pflanzenarten, die es auf unserem Planeten gibt und von denen nur ein Bruchteil wissenschaftlich dokumentiert ist, bis 2030 fast eine Million verloren gehen wird, wenn wir keine Maßnahmen ergreifen, und dass durchschnittlich etwa alle zehn Minuten eine Art ausstirbt. Die Folgen für das gesamte Ökosystem einschließlich der Menschen sind enorm. Der ÖRK-Exekutivausschuss hat dieses Problem bereits in seiner „Erklärung zur weltweiten Biodiversitätskrise und zu einem dringend erforderlichen Strukturwandel“ aus dem Mai 2019 betont. Im Dezember dieses Jahres wird der **zweite Teil der 15. UN-Biodiversitätskonferenz** in Montreal, Kanada, stattfinden und versuchen, sich auf einen internationalen Rahmen für den Schutz der biologischen Vielfalt zu einigen.

Auch chemische Schadstoffe stellen weiterhin eine große ökologische Herausforderung dar, und neue Befürchtungen rund um die allgegenwärtige Präsenz von Mikroplastik und PFAS (eine Gruppe von chemischen Stoffen, die aufgrund ihrer wasser- und ölabweisenden Eigenschaften häufig eingesetzt werden) in der Umwelt müssen eingehender untersucht werden und erfordern Maßnahmen.

Die Auswirkungen des Klimawandels und Umweltbedrohungen haben komplexe Wechselwirkungen mit anderen Faktoren, was zu einer Kettenreaktion bei den Risiken über verschiedene Sektoren und Regionengrenzen hinweg führt. So ist der Klimawandel – und die zunehmend häufigen und schweren

Naturkatastrophen, die er bewirkt – zum Beispiel zwar schon allein einer der wichtigsten Treiber für den Hunger in der Welt, hat aber im Zusammenspiel mit den Konflikten in der Welt und den anhaltenden wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu einer Eskalation der globalen Nahrungsmittelkrise geführt. Schätzungen zufolge leiden derzeit rund 828 Millionen Menschen in der Welt Hunger und der Anteil der unterernährten Menschen in der Welt, der in den vergangenen fünf Jahren stabil gewesen ist, ist um 1,5 Prozent auf 9,9 Prozent gestiegen. Ferner wird davon ausgegangen, dass weitere 189 Millionen Menschen Hunger leiden werden, wenn die weltweite Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter um 2° C steigen sollte. In einer 4° C wärmeren Welt könnte diese Zahl sogar auf schwindelerregende 1,8 Milliarden steigen.

Gleichzeitig verursacht die Landwirtschaft zusammen mit der Forstwirtschaft und anderen Formen der Landnutzung fast ein Viertel aller Treibhausgasemissionen der Menschen. Insbesondere durch unsere derzeitigen landwirtschaftlichen Praktiken wird ein Drittel des Bodens weltweit nachhaltig geschädigt und werden 78 Gigatonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre freigesetzt, was uns mehr als 10 Prozent des BIP kostet. Darüber hinaus gehen 14 Prozent aller produzierten Lebensmittel mit einem Gesamtwert von USD 400 Milliarden nach der Ernte, aber bevor sie im Einzelhandel ankommen, verloren. Die Verschwendung und der Verlust von Nahrungsmitteln sind für 8 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Auch die Rinderzucht, die nicht nur den Boden degradiert, sondern ebenso für Methanemissionen verantwortlich ist, einem der schädlichsten Treibhausgase überhaupt, ist ein wesentlicher Treiber für die Abholzung von Wäldern durch Brandrodung in Brasilien und vielen anderen Ländern im globalen Süden. Durch Brandrodung von Waldgebieten werden Kohlenstoff direkt in die Atmosphäre freigesetzt, indigene Völker vertrieben und die große Artenvielfalt in ihrem angestammten Land zusammen mit den damit verbundenen kulturellen und spirituellen Praktiken oftmals unwiderruflich beschädigt oder ausgelöscht. Die Abholzung von Regenwald und die Zerstörung von Wäldern ist für 11 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Zudem dezimiert das nicht nachhaltige Tempo der Abholzung von Wäldern – insbesondere der verbleibenden großen Regenwälder, der „grünen Lungen unseres Planeten“ – die Kapazitäten der Erde, Kohlendioxid aufzunehmen und zu binden. Jüngste Berichte haben die sich zunehmend verschärfende Negativspirale von Waldbränden und Klimaveränderungen immer wieder aufgezeigt: Heißeres und trockeneres Wetter aufgrund des Klimawandels machen Wälder anfälliger für häufigere und großflächigere Brände, die noch mehr Kohlenstoff freisetzen und

damit zu den Emissionen beitragen und die Erderwärmung, die Zerstörung von Wäldern und den Verlust der Artenvielfalt weiter vorantreiben.

Die Weltmeere nehmen bis zu 50-mal mehr CO₂ auf als die Atmosphäre und 20-mal mehr als alle Pflanzen und der Boden zusammen. Aber je wärmer und saurer die Weltmeere werden, desto weniger Emissionen können sie aufnehmen und sie sogar rasch wieder in die Atmosphäre abgeben.

Modelle zum Klimawandel legen nahe, dass die **Emissionen ab 2025 weniger und bis 2030 halbiert werden müssen**, wenn die Welt extreme Auswirkungen des Klimawandels verhindern will. Die allermeisten Emissionen sind auf die Nutzung fossiler Brennstoff zurückzuführen. Entsprechend sind sofortige Maßnahmen notwendig, um die Nutzung fossiler Brennstoffe umgehend einzudämmen und deren Nutzung im Anschluss in den nächsten Jahrzehnten deutlich zu reduzieren.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass viele der natürlichen Ressourcen, die für den „grünen Wandel“ notwendig sind[15], vor allem im globalen Süden abgebaut werden und oftmals mit Vertreibung und bewaffneten Konflikten in Zusammenhang stehen, und dass der „grüne Wandel“ auch das Risiko mit sich bringt, dass sich der globale Norden diese Ressourcen aneignet, sowie die Risiken verheerender Auswirkungen auf die Umwelt und die indigenen Bevölkerungen und die Ausbeutung von Kindern.[16]

Zunehmend richtet sich die Aufmerksamkeit der Menschen auch auf die Weltmeere als Quelle für diese Rohstoffe.[17] Wir müssen die derzeitige Ausgestaltung der so genannten „blauen Wirtschaft“ noch einmal kritisch überprüfen – insbesondere die geopolitische, ideologische und neoliberale wirtschaftliche Agenda, die dafür eintreten. Sie müssen genau untersucht werden, um herauszufinden, wen oder was genau sie vertreten.

10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen 75 Prozent allen Reichtums, beziehen 50 Prozent aller Einkünfte und sind für fast die Hälfte aller Kohlenstoffemissionen verantwortlich.[18] Diese Zahlen zeigen eine gigantische Ungerechtigkeit. Jene, die am meisten für den Klimawandel verantwortlich sind, sträuben sich weiter gegen die berechtigten Forderungen der Opfer nach Unterstützung bei der Entschärfung des Klimawandels und der Anpassung daran sowie nach Entschädigungen für die Verluste und Schäden, die die ärmeren und vulnerableren Länder und Bevölkerungsgruppen bereits erlitten haben.

Der Klimawandel verschärft die Schwierigkeiten weiter, mit denen indigene Gemeinschaften bereits heute konfrontiert sind, wie beispielsweise politische und wirtschaftliche Marginalisierung, den Verlust von Land und Ressourcen, die Verletzung ihrer Menschenrechte, Diskriminierung und Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig liefern die langjährigen Erfahrungen der indigenen Völker eines nachhaltigen Zusammenlebens mit der Natur essenzielles Wissen für den Umgang mit der globalen Umweltkrise, wie auch der gemeinsame Bericht der Referenzgruppe des Ökumenischen Netzwerks indigener Völker des ÖRK und der Arbeitsgruppe zum Thema Klimawandel (*Joint Report of the WCC Ecumenical Indigenous Peoples Network Reference Group and Working Group on Climate Change*) betont.

Die 11. Vollversammlung tagt nach dem Ablauf der ersten Hälfte des für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2016-2030) angesetzten Zeitraums und es wird immer deutlicher, dass viele der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) aufgrund der verschiedenen derzeit zusammenfallenden und miteinander verwobenen Krisen – die Klimakrise, die Krise im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, die Nahrungsmittelkrise, die Energiekrise und die Finanzkrise – absolut nicht auf gutem Weg sind.

Sogar jetzt noch sind 425 gewaltige Projekte mit fossilen Brennstoffen – so genannte „Kohlenstoffbomben“ oder Englisch „carbon bombs“ –, die das Potenzial haben, jeweils mehr als eine Gigatonne CO₂ auszustoßen, in Planung oder werden bereits umgesetzt.[19] Das ist das Doppelte des CO₂-Budgets, das der Welt insgesamt verbleibt, wenn wir eine Chance haben wollen, die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen auch nur ansatzweise einzuhalten. Dies sind also Waffen für eine großflächige Umweltzerstörung.

Die COVID-19-Pandemie hatte insbesondere 2020 und 2021 weltweit massive wirtschaftliche Auswirkungen und viele Länder musste aufgrund der Kosten für die Bewältigung der Pandemie und geringere Steuereinnahmen durch reduzierte Wirtschaftstätigkeit erhebliche Schulden machen. Viele überschuldete Länder sind darüber hinaus in kostspieligen Kreisläufen gefangen, weil sich wiederholende Klimakatastrophen sie immer wieder zu Aufbau- und Wiederaufbaumaßnahmen zwingen, was ihre Schuldenlast noch weiter ansteigen lässt. Diese Schuldenlasten werden aufgrund der steigenden Zinsen für einige Länder schnell nicht mehr tragbar sein.

Die Auswirkungen der russischen Invasion in die Ukraine zusammen mit den anhaltenden wirtschaftlichen Problemen infolge der Pandemie verschärfen die globale Nahrungsmittelkrise, die von den sich verändernden klimatischen

Bedingungen vorangetrieben wird, weil diese für einen dramatischen Anstieg der Lebensmittelpreise sorgen. Zusätzlich haben die Kontroverse und die Unsicherheit hinsichtlich der Öl- und Gasversorgung aus Russland international zu einem starken Anstieg der Kraftstoffpreise beigetragen, was in der Folge in zahlreichen Ländern und insbesondere in Sri Lanka Auswirkungen auf die wirtschaftliche und politische Stabilität hatte. Und auch wenn die Gefahr einer irreversiblen Schädigung der Umwelt durch den Klimawandel immer akuter wird, sieht es nicht so aus, als ob die globale Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ein Ende finden könnte.

Es besteht die Gefahr, dass die Pandemie und der Konflikt in der Ukraine als Entschuldigungen genutzt werden könnten, warum die Nachhaltigen Entwicklungsziele nicht erreicht wurden. Die Kirchen müssen weiterhin Hoffnung vermitteln und ihre Stimmen für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht erheben: Von den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung darf nicht abgerückt werden und ein Scheitern darf keine Option sein. Die Kirchen müssen eine wichtige Rolle im Einsatz und Engagement für die Umsetzung der Agenda 2030 spielen.

Die Umweltkrise nimmt Fahrt auf: Die Reaktion des ÖRK

Bei jedem neuen Beleg dafür, dass die Bedrohungen für künftige Generationen und die lebendige Welt menschengemacht sind, und jedes Mal, wenn wir erlebt haben, wie schwerwiegend die Auswirkungen sind, hat der ÖRK zunehmend eindringlich seine Sorge zum Ausdruck gebracht und umgehendes Handeln gefordert.

Insbesondere nach der Veröffentlichung der IPCC-Berichte über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5° C (Oktober 2018), über Klimawandel und Landsysteme (August 2019) und über den Ozean und die Kryosphäre in einem sich wandelnden Klima (September 2019) – sowie einer Reihe von Extremwetterereignissen und anderen Naturkatastrophen in der Welt, die viele Todesopfer gefordert und große Verwüstung verursacht haben – hat der ÖRK-Exekutivausschuss im November 2019 einen Klimanotstand ausgerufen und „eine sofortige und beispiellose Reaktion von allen überall in der Welt [...] – auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene“ gefordert. Der Exekutivausschuss brachte „seine bittere Enttäuschung über die unzulänglichen und sogar rückschrittlichen Maßnahmen der Regierungen zum Ausdruck, die in der Antwort auf diesen Notstand eigentlich eine Führungsrolle übernehmen sollten“,

und rief „die ÖRK-Mitgliedskirchen, ökumenischen Partner, andere Glaubensgemeinschaften und alle Menschen guten Willens und mit einem moralischen Gewissen auf, Möglichkeiten und Wege zu finden, in unserem jeweils eigenen Kontext einen sinnvollen Beitrag zu leisten, um die schlimmsten Auswirkungen weiterer Untätigkeit und weiteren Hinwärtens oder negativer Maßnahmen seitens der Politik abzuwenden – und durch gemeinschaftliches Eintreten für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an das veränderte Klima, die Nichtnutzung von fossilen Brennstoffen und die Herbeiführung eines ‚gerechten Wandels‘ [...] gemeinsam eine Lösung dieser globalen Krise herbeizuführen“.

Nach der Veröffentlichung der Berichte der IPCC-Arbeitsgruppen über die *Naturwissenschaftlichen Grundlagen* (August 2021), über die *Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit* (Februar 2022) und über die *Minderung des Klimawandels* (April 2022) – sowie weitere klimabedingte Naturkatastrophen in der Welt – hat der ÖRK-Zentralausschuss im Juni 2022 eine „Erklärung zur Notwendigkeit einer wirksamen Reaktion auf den Klimanotstand“ verabschiedet. In dieser Erklärung hält der Zentralausschuss fest: „Jahrzehnte der wissenschaftlichen Forschung haben bestätigt, dass die Beschleunigung des Klimanotstandes, mit dem wir heute konfrontiert sind, eine unmittelbar bevorstehende Katastrophe ist.“ Der Zentralausschuss hat weiterhin unterstrichen: „Die globale *metanoia*, die nötig ist, um mit dieser Herausforderung umzugehen, muss in erster Linie eine dringende schrittweise Einstellung des Abbaus und der Nutzung fossiler Energieträgern beinhalten sowie einen gerechten Wandel hin zu erneuerbaren Energiequellen, die die Rechte von indigenen Völkern und anderen marginalisierten Gemeinschaften schützen und die Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen. Im klaren Gegensatz zu diesem Bedarf steht jedoch die Tatsache, dass die Welt gegenwärtig auf dem Weg ist, bis 2030 mehr als doppelt so viel Kohle, Erdöl und Gas zu produzieren, als tragbar sind, um die Erderwärmung unter der 1,5 °C-Marke zu halten.“ Vor diesem besorgniserregenden Hintergrund hat er Zentralausschuss erklärt: „Ein stures Weitergehen auf unserem gegenwärtigen zerstörerischen Weg ist ein Verbrechen – gegen die armen und verletzlichen Menschen, gegen diejenigen, die am wenigsten für die Krise verantwortlich sind, und doch am stärksten unter deren Auswirkungen leiden, gegen unsere Kinder und zukünftige Generationen und gegen alles Leben.“

Aus diesem Grund hat der Zentralausschuss die 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, zu der wir hier zusammengekommen sind – „die letzte derartige ökumenische Vollversammlung, die noch innerhalb des verbleibenden Zeitfensters für mögliche Handlungen zur Vermeidung der schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels stattfindet“ –, aufgerufen, „als

Plattform zur Förderung der ökologischen *metanoia* zu dienen, die wir in der ökumenischen Bewegung und in der gesamten Welt brauchen, durch die Begegnung von Kirchen aus reichen und armen, privilegierten und bedrohten Ländern“, hat alle ÖRK-Mitgliedskirchen und ökumenischen Partner ermutigt, „vorbereitet an die Vollversammlung zu kommen, damit sie dort Geschichten von Anstrengungen und von Resilienz aus betroffenen Ländern hören, ihre Versprechen und Initiativen mit anderen teilen und ihre Worte in Taten verwandeln, um eine nachhaltige Zukunft für die lebendige Welt, die Gott in Fülle und Komplexität geschaffen hat, zu gewährleisten“, und hat dazu aufgerufen, die Schaffung einer neuen Kommission zum Klimawandel und für eine nachhaltige Entwicklung in Erwägung zu ziehen, „um dem Problem in dieser entscheidenden Zeit angemessene Aufmerksamkeit zu schenken“.

In seiner jahrzehntelangen Advocacyarbeit hat der ÖRK immer wieder betont, wie wichtig Maßnahmen sind, um die Emissionen auf ein nachhaltiges Niveau zu bringen, wie wichtig Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Zukunft sind und wie wichtig Klimagerechtigkeit für die vulnerabelsten ärmeren Bevölkerungsgruppen und indigenen Völker ist, die die historische Verantwortung der entwickelten Industrieländer widerspiegelt. In der Zeit seit der Vollversammlung in Busan hat sich der ÖRK – oftmals in Zusammenarbeit mit interreligiösen Partnern – auch weiterhin in der Advocacyarbeit engagiert, zum Beispiel bei den UN-Klimakonferenzen (Konferenz der Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen) und anderen zwischenstaatlichen Foren. Neben dieser Advocacyarbeit und als Ergänzung dazu hat der ÖRK in dieser Zeit daran gearbeitet, seinen Mitgliedskirchen und Partnern praktische Hilfsmittel für konkretes Engagement in ihren jeweiligen Kontexten an die Hand zu geben, wie zum Beispiel den „Leitplan für Kirchengemeinden, kirchliche Gemeinschaften und Kirchen für eine Ökonomie des Lebens und für Umweltgerechtigkeit“ und die jüngste Initiative für klimaverträgliche Finanzen.

Verschiedene Elemente des Engagements des ÖRK wurden durch seine führenden Rollen im **Ökumenischen Wassernetzwerk** und der **Kampagne „Nahrung für das Leben“** vom Ökumenischen Aktionsbündnis sowie durch Partnerschaften wie der **internationalen Partnerschaft für Religion und Entwicklung (International Partnership on Religion and Sustainable Development (PaRD))** und der **Interfaith Rainforest Initiative (IRI)** vorangetrieben. Und auch weil der ÖRK sich bewusst ist, dass die Grundursachen für die Klima- und Umweltkrise in den derzeit vorherrschenden ungerechten und wenig nachhaltigen ausbeuterischen Wirtschaftsmodellen liegen, hat er sich mithilfe des Programms für eine **neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA)** auch weiterhin für die Förderung einer

„Ökonomie des Lebens“ eingesetzt – was auch die „Erklärung zur Dringlichkeit des ökonomischen Wandels: 10 Jahre nach der globalen Finanzkrise“ des ÖRK-Exekutivausschusses aus dem November 2018 widerspiegelt. Als Antwort auf die miteinander verwobenen globalen Gesundheits-, Wirtschafts- und Umweltkrisen hat der ÖRK zusammen mit ökumenischen Schwesterorganisationen darauf hingewiesen, wie dringend notwendig ein „Systemwandel“ ist, und wie dringend notwendig es ist, unsere Systeme in der Neuen Kreatur zu verankern, in der die Gerechtigkeit und Fürsorge unseres Schöpfers „sich nicht in einer Schöpfung widerspiegeln, die unablässig ausgebeutet wird, sondern reich gesegnet“ ist (ÖRK et al. 2020).

Die ÖRK-Kommission für Glauben und Kirchenverfassung hat zudem das Dokument „Cultivate and Care: An ecumenical theology of justice for and within creation“ (Bebauen und behüten: Eine ökumenische Theologie der Gerechtigkeit für die Schöpfung) veröffentlicht und zusammen mit VEM, Brot für die Welt, der EKD und EMW hat der ÖRK die Wuppertaler Erklärung „Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekenntnis für die Erde“ veröffentlicht.

[1] Siehe Anhang und auch <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/>

[2] Zitat

[3] IPCC

[4] Botschaft der vorbereitenden Tagung der indigenen Völker zur 11. ÖRK-Vollversammlung vom 28. bis 30. August 2022, Karlsruhe, Deutschland. Siehe auch: <https://www.pacificblueline.org/>

[5] Regionaler Vertrag über den Zugang zu Informationen, über die Beteiligung der Öffentlichkeit und über die juristische Prüfung in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik (Spanisch: Acuerdo Regional sobre el Acceso a la Información, la Participación Pública y el Acceso a la Justicia en Asuntos Ambientales en América Latina y el Caribe) https://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/43583/1/S1800428_e...

[6] <https://www.faithforecodelaw.earth/>

[7] <https://climatechangeischi.wixsite.com/generations-together>

[8] <https://climatechangeischi.wixsite.com/generations-together>

[9] <https://www.oikoumene.org/resources/documents/calls-of-the-zacchaeus-tax-campaign>

[10] <https://www.oikoumene.org/news/wcc-roadmap-resource-for-eco-justice-available-in-multilingual-versions>

[11] <https://www.theguardian.com/environment/2022/jun/21/young-people-go-to-european-court-to-stop-treaty-that-aids-fossil-fuel-investors>

[12] <https://www.oikoumene.org/climate-responsible-finance>

[13] <https://www.oikoumene.org/en/resources/publications/climate-justice-with-children-and-youth>

[14] Dieses Anliegen wurde zum ersten Mal in der „Wuppertaler Erklärung“ formuliert <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/kairos-for-creation-confessing-hope-for-the-earth-the-wuppertal-call>

[15] Zum Beispiel Minerale und seltene Erden wie Coltan, Lithium, Nickel, Kobalt, Kupfer, Neodym, Magnesium, Platin, Titan, Vanadium.

[16] <https://docs.google.com/document/d/14PGIgdF03nQdYnri6as1gkdiB3JK82AitTFolxvIQE/edit>

Siehe auch: <https://www.theguardian.com/global-development/2019/dec/16/apple-and-go...>

<https://www.cbsnews.com/news/cobalt-children-mining-democratic-republic...>

<https://news.mongabay.com/2022/05/scheme-to-stop-conflict-minerals-fail...>

[17] <https://www.pacificblueline.org/>

[18] World Inequality Report 2022 (Bericht zur Ungleichheit in der Welt), <https://wir2022.wid.world/>

[19] <https://www.leave-it-in-the-ground.org/projects/carbon-bombs/>